

Erste Zeitungsnummer: Sonntag nur morgens, Montag nur abends. Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich...

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt Morgen - Ausgabe

Dienstag, 30. März 1909

Haupt-Expeditoren: SW. Jerusalemstr. 46/48. Telefon Amt 1, Nr. 10181-10184.

Redaktion: Jerusalemstr. 46/48. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chief-Redakteur: Karl Eckardt, Berlin W. Verlag: Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Breite Betteluppen.

Seit Jahr und Tag vermag der Deutsche Reichstag sich nicht mehr zu einer großzügigen Debatte zu erheben, wie man sie in den sechziger und den achtziger Jahren noch erlebt hat.

„Treppenhöh.“

Nach dem Blockrad ist nichts so poffistisch anzusehen, wie das Gebahren gewisser Zeitungen, die bis zum letzten Augenblick mit dem Bloch durch dick und dünn gegangen sind; die alles gebilligt und beschönigt haben, was der Bloch an politischen Sünden geleistet hat.

Das Abgeordnetenhaus

Beriet gestern zunächst den Etat der direkten Steuern. Man sprach noch einmal über das agrarische System der Steuerermäßigungen. Der Abgeordnete v. Schmeling bestritt die Anträge des Professors Delbrück über die Steuerhinterziehungen, ohne aber durch Tatsachen den Gegenbeweis zu führen.

Ueber die Verwendung der Baubeamten

Schreibt die amtliche „Berl. Corr.“: Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat entsprechend einer im Landtage gegebenen Anregung für einen Zweig seines Geschäftsbereiches, die Staatsbahnbauverwaltung, bereits vor längerer Zeit Ermittlungen darüber angeordnet, ob und inwiefern höhere technische Beamte der erprobte mittlere Beamte von weniger bedeutenden Dienststellen entlastet und in minder wichtigen Dienststellungen ersetzt werden können.

Die Schmiergeldfrage in der Kommission

Die Kommission des Reichstages für den Gelegenheitswerb der ununteren Wettbewerbler hat gestern über den Beschäftigungsparagrafen (10a) Auf Grund eines Kommissionsprotokolls mit den verbundenen Regierungen, die die ursprüngliche Fassung der Kommission für unannehmbar erklärt hatten, wurde eine neue Fassung angenommen, nach der strafbar ist, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs dem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebs Geschenke oder andere Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, um dadurch unäusseres Verhalten des Angestellten oder Beauftragten bei dem Bezuge von Waren oder geschäftlichen Leistungen eine Bevorzugung für sich oder einen Dritten zu erlangen.

Abdankung des Königs Peter?

In Belgrad treten immer bestimmtere Gerüchte auf, daß der Kalfstellung des bisherigen Kronprinzen Georg die Verzichtleistung des Königs Peter auf den Thron folgen werde. Man sagt, daß England dem Könige den freundschaftlichen Rat geben werde, im Interesse der Ruhe und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes auf den Thron zu verzichten.

König Peter von Serbien hat an das serbische Volk eine Proklamation gerichtet, in der er den Verzicht des bisherigen Kronprinzen Georg auf die Thronfolge bekanntgibt und seinen zweiten Sohn, den Prinzen Alexander von Serbien, zum Thronfolger proklamiert.

Berichte aus Belgrad besagen, daß diese Proklamation dort mit apathischem Gleichmut aufgenommen worden ist.

Die Österreichisch-serbische Verhandlung.

Wie dem Wiener L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau aus Belgrad berichtet wird, behält der dortige österreichische Gesandte Graf Szogyasch gestern vorwiegend dem serbischen Minister des Aussenwesens, Mijatowitsch, Gehör bei der Besprechung bildete die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Serbien. Mijatowitsch erklärte, er werde diese Frage dem Ministerialrat unterbreiten. In Regierungskreisen wird erklärt, die serbische Regierung werde die Forderungen der Großmacht erfüllen, da sie überzeugt sei, daß nur solche Forderungen an Serbien gestellt werden würden, welche die Würde eines unabhängigen Staates nicht verletzen.

Fürst Bilow war gestern überhaupt nicht auf der Höhe; er sah müde und abgeplaut aus; diesen Eindruck machte auch seine Rede; sie klang wie ein Schwammengelächel. Der Kanzler nahm sofort nach Beginn der Sitzung das Wort zu seinen Erfahrungen; auch das war kein gutes Zeichen, und machte die Sitzung nicht sehr interessanter; man gewann den Eindruck, als wolle Fürst Bilow die wohl vorbereitete Rede so schnell wie möglich los sein und ein Eingehen auf kritische Bemerkungen aus dem Hause sich ersparen.

Bezüglich der Frage einer deutsch-englischen Flottenverbindung ergänte Fürst Bilow die von Herrn v. Schön in der Budgetkommission es gewagt hatte, ihn feierlich zu laden und wollte er diese Verärgerung dadurch fundirt, daß er erst darüber sprach, nachdem die Frage im Reichstage angeprochen worden war? Fast will es so scheinen. Doch wollen wir dem Kanzler sagen, daß er absolut keinen Grund hat, den Verärgerten und Gefährten zu markieren, namentlich diesem Reichstage gegenüber, der ihn stets mit unehörter Rücksicht behandelt hat.

Von Baffermann bis Bebel.

Im gestrigen Nebenblatt haben wir berichtet, daß der Abgeordnete Raumann über Nacht von einer großen Begeisterung für eine Verdrößerung der Liberalen und der Sozialdemokratie, von Baffermann bis Bebel besessen worden ist, während noch bis zuletzt die Sozialdemokratie von sozialliberaler Seite als absolut feindlich und unversöhnlich bekämpft worden ist. Wir stellen dabei die Frage, ob Raumann diese neueste Blochpropaganda mit Zustimmung seiner fraktionsgemeinschaft auf unsere Anträge die Antwort aus den Kreisen der freisinnigen Volkspartei, die Herrn Raumann kräftig rüffelt. Es heißt in der parteiökonomischen Zurechtweisung Raumanns:

Wir sind durchaus der Meinung, daß ein Zusammenhalten der Liberalen aller Richtungen, zumal in der letzten politischen Lage, im Interesse des Gesamtliberalismus geboten sei. Wir müssen aber der Auffassung Raumanns entschieden widersprechen, daß mit diesem Zusammengehen der Liberalen zugleich eine Besänftigung der Stellung zur Sozialdemokratie angebahnt wurde und das Sieben darauf gerichtet sein müsse, eine Zukunftspolizei von Bebel bis Baffermann zu bilden. Für eine solche Parteilagerung sind die Voraussetzungen nicht gegeben. Wir haben die Raumannschen Absichten über das Wesen und die zukünftige Entwicklung der Sozialdemokratie niemals geteilt, und wir glauben nicht, daß die freisinnige Volkspartei Veranlassung hat, ihre Haltung gegenüber der Sozialdemokratie irgendwie zu ändern. Wir zweifeln auch nicht daran, daß die Sozialdemokratie den Raumannschen Zukunftsplan einer Mehrheitsbildung von Bebel bis Baffermann gütlich aufnehmen wird.

Abgeordneter Raumann betont in seinem Artikel die Einheit der fraktionsgemeinschaft in der Förderung der Reichssteuer und der Abkündigung des „Brenntweinmonopols“. Wir legen auf die Einheit in der fraktionsgemeinschaft den größten Wert, wir befürchten aber, daß durch beratliche Anführungen über ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie die Einheit nicht gefördert, sondern geschädigt wird.

Die Wirkung dieser sehr deutlichen Zurechtweisung wird schwerlich ausbleiben. Herr Raumann hat wiederholt gesagt, daß er in hervorragendem Maße das Talent besitzt, sich solchen fraktionellen Belehrungen durchaus gefügig zu zeigen.

Generaldirector Dr. Wiegand

Nach einem Telegramm aus Bonn vom 28. d. d. habe ich dort gestern nachmittag den Generaldirector des Norddeutschen Lloyd, Dr. Wiegand in Sanatorium von Dr. Pötzger nach langem Drängen getroffen.